

Thematischer Kontext

Die Instance Vérité et Dignité (IVD) wurde per Gesetz von der verfassungsgebenden Versammlung am 24. Dezember 2013 installiert. Aufgabe der IVD ist es, Verletzungen des Menschenrechts der vergangenen 58 Jahre nachzugehen, zu dokumentieren und so sowohl zur Wahrheitsfindung als auch im Sinne des Transitional Justice (TJ) Prozesses zur gesellschaftlichen Aussöhnung beizutragen. Sie ist dazu befugt, jede Person zu einer Anhörung zu rufen und hat Zugriff auf private und staatliche Archive. Im Juli 2016 lief die Frist zur Einreichung von Dossiers von Betroffenen zur Bearbeitung durch die IVD ab.

Herleitung

Die der Forschungsfrage zugrunde liegende Annahme ist, dass die IVD innerhalb der tunesischen Transformation eine wichtige Stellung im TJ-Prozess einnimmt. TJ ist hierbei ihrerseits ein Baustein des demokratischen Konsolidierungsprozesses. Der Beitrag von TJ zum Demokratieaufbau ist umstritten: Einerseits sei die Aufarbeitung der Vergangenheit unabdingbar für den Aufbau eines demokratischen Systems, andererseits berge die Aufklärung von Verbrechen die Gefahr, bestehende Konflikte in der Gesellschaft zu befeuern (vgl. Buckley-Zistel 2008). Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit auf der Kommission begründet sich in der Entscheidung Tunesiens, den Demokratisierungsprozess mithilfe einer Wahrheitskommission zu begleiten. Diese ist seit der Verabschiedung des Gesetzes dem gesellschaftlichen Diskurs in Tunesien ausgesetzt.

Forschungsfrage

Welche Bedeutung wird der Instance Vérité et Dignité von den Akteuren des tunesischen Transformationsprozesses für die nationale Versöhnung zugeschrieben?

Befragt wurden Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen (Al-Bawsala, Pôle Civile, Mouraqiboun, International Council for Transitional Justice), politischen Stiftungen (FES, KAS), Parteien (Nahda und Irada) und unabhängige Beobachter (Annette Steinich, NZZ). Anhand der Wahrnehmung der Akteure konnten Aussagen über die Wirksamkeit der Arbeit der IVD, Herausforderungen bei der Umsetzung und des Stellenwertes von Transitional Justice allgemein getroffen werden.

Entstehungsprozess und Aufgabenstellung

Einzigartigkeit des Transformationsprozesses

Das Gesetz für Transitional Justice wurde unter Mitarbeit von Zivilgesellschaft und Regierung in 24 regionalen Konferenzen entwickelt. Diese spezielle Akteurskonstellation gepaart mit der Einführung kollektiver Reparationen resultierte in großen Hoffnungen an die (Arbeit der) IVD und einer besonderen Rolle, die ihr zugeschrieben wurde. Es gebe jedoch eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Akteure und dem finalen TJ-Gesetz.

Probleme

Auffällig ist die sehr umfassende Themensetzung und Zeitspanne, die die IVD abdecken soll: Aufgeklärt werden sollen 58 Jahre, die Mandatszeit der Kommission beträgt vier Jahre (mit der Möglichkeit der Verlängerung um ein Jahr). Bedingt durch die große Themensetzung steht momentan die Konzentration auf bestimmte Vergehen im Zusammenhang mit einer Amnestie für wirtschaftliche Vergehen zur Debatte. Ein dementsprechender Gesetzesvorstoß wurde bereits einmal abgelehnt und soll demnächst erneut diskutiert werden.

Aktuelle Resignation

Generell scheint bei allen Akteuren eine gewisse Resignation vorzuherrschen, was die (Fortschritte der) Arbeit der IVD betrifft. Als Gründe hierfür werden die zu Beginn prekäre Ressourcenlage der Kommission zu Beginn des Mandats genannt. Die Verzögerungen in der Arbeit der IVD drücken sich unter anderem in den immer wieder verschobenen öffentlichen Anhörungen aus.

Partizipationsmöglichkeiten

Stand der Arbeit:

Bisher wurden 62.227 (Stand: 25.10.2016) Dossiers von Betroffenen der Regime und der Revolution eingereicht, davon sind laut Ghofran Ounissi (ICTJ) 17% von Frauen.

Gründe für die niedrige Zahl:

Verschiedene Interviewpartner sehen als ein Problem die mangelnde Organisiertheit der Opfer an, außerdem fehle grundlegendes Vertrauen in die IVD. Sayyida Ounissi (Nahda) führt außerdem psychische Hemmungen der Opfer Dossiers einzureichen als Grund an. Zusätzlich sei das TJ-Gesetz sehr kompliziert formuliert, was die Mitwirkung erschwere.

Laut dem Vertreter von Al-Bawsala müsse sich zunächst ein Verständnis demokratischer Rechte und Pflichten bei den Bürgern Tunesiens entwickeln, bevor diese von der breiten Masse wahrgenommen würden.

Für die Aufarbeitung hinderlich sei außerdem die immer stärker werdende Glorifizierung der Ära Bourguibas.

Wahrnehmung und Wirksamkeit

Marginalisierung der IVD (und des TJ-Prozesses):

Die großen wirtschaftlichen Herausforderungen vor denen das Land zur Zeit steht, beherrschen thematisch das politische Tagesgeschäft und lassen wenig Raum für andere Problematiken.

Darüber hinaus führe der als "Elitenkompromiss" bezeichnete Koalitionsvertrag zwischen Nahda und Nida Tunis dazu, dass die Arbeit der IVD und der TJ-Prozess allgemein ignoriert und aktiv bekämpft werden, um den politischen Burgfrieden nicht zu gefährden.

Umfassende Aufarbeitung?

Im Zusammenhang dazu wird eine allzu umfassende Aufarbeitung als Gefahr für die nationale Einheit angesehen (Sayyida Ounissi, Nahda) und könnte bereits vorhandene polarisierende Strukturen verstärken (Rafik Abdessalam, Nahda). Andererseits wird diese Aufarbeitung als Notwendigkeit für den Erfolg einer demokratischen Zukunft Tunesiens bewertet (Ghofran Ounissi, ICTJ).

Das minimale Maß an Aufmerksamkeit in den Medien oder die negative Berichterstattung über die IVD stehen im starken Gegensatz dazu und sind auf die jahrelangen Verbindungen zwischen Medien und Ancien Régime zurückzuführen.

Uneinigkeit über passenden Zeitpunkt für die Aufarbeitung:

Aufgrund der fehlenden Unterstützung der IVD in der Öffentlichkeit sieht Mouraqiboun den Einfluss, den die Kommission zur Zeit haben kann, als sehr gering. Die Aufarbeitung könne vielleicht erst in einigen Jahren vorangetrieben werden. Ghofran Ounissi (ICTJ) hingegen ist der Meinung, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit jetzt beginnen müsse, auch wenn sie zugeben muss, dass Zeit ein natürlicher Heilfaktor sein kann.

„strukturell am Kollaps und personell überlastet“

(Annette Steinich, NZZ)

„You can't be a ruling party and a victim at the same time“

(Ghofran Ounissi, ICTJ)

„Justice should not jeopardize the unity of the nation.“

(Rafik Abdessalam, Nahda)

Instance
Vérité &
Dignité

„nationale Instanz mit klarem Mandat“

(Annette Steinich, NZZ)

„étape primordiale pour la démocratie“

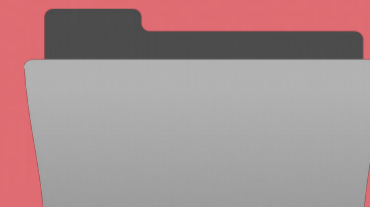
(Ghassen Marzouki, Irada)

„a nation without a past cannot build up a future“

(Ghofran Ounissi, ICTJ)



24 regionale Konferenzen zur Erstellung eines Gesetzentwurfs



62227 Dossiers eingereicht ca. 17% von Frauen



58 Jahre Untersuchungszeitraum, 4-5 Jahre Mandat



6 Kommissionen mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen



9 regionale Büros



15 Mitglieder, ohne Verbindung zu den Regimen Ben Ali und Bourguibas

Fazit

Unter anderem bedingt durch den einzigartigen Entstehungsprozess und den damit verbundenen hohen Erwartungen werden der IVD von Seiten der Gesellschaft mehr Kompetenzen und auch eine größere Bedeutung zugeschrieben, als ihr Mandat eigentlich zulässt. Die IVD kann demzufolge als **Symbol der Hoffnung** auf einen Beitrag zur nationalen Versöhnung und der Schaffung der Rahmenbedingungen für einen demokratischen Neuanfang Tunesiens angesehen werden, was wiederum auch am viel zu umfangreichen Aufarbeitungszeitraum ersichtlich wird.

Es ist jedoch wahrscheinlich, dass viele Opfer der vergangenen Regime Tunesiens und der Revolution keine Dossiers eingereicht haben. Wegen der **fehlenden Motivation** zur Partizipation an der Arbeit der IVD besteht die Gefahr, dass Unrechtserfahrungen der Vergangenheit nicht aufgearbeitet werden und die angestrebte Versöhnung nicht erreicht wird. Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass eine ganzheitliche Aufarbeitung die nationale Einheit verhindern könnte.

Abschließend lässt sich feststellen, dass - obwohl der tunesische TJ-Prozess sehr wohlwollend betrachtet und als einzigartig bezeichnet wird - die IVD sich mit den gleichen bzw. ähnlichen Problemen, wie viele Wahrheitskommissionen vorher konfrontiert sieht. Trotz der Existenz einer solchen Kommission, scheinen realpolitische Interessen und die Marginalisierung der IVD in Politik und Medien eine Aussöhnung der Gesellschaft zu erschweren.

Dadurch, dass sie selbst zum Streitobjekt in **politisierten Debatten** geworden ist, kann sie ihre Aufgabe zur Versöhnung beizutragen, kaum wahrnehmen.